**Zusammenfassende Erklärung gem. § 6 a BauGB
zur 118. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Goch**

1.

Lage des Plangebietes

Der Geltungsbereich der 118. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) der Stadt Goch bezüglich der Errichtung einer Freiflächen-PV-Anlage ist rund 2,6 ha groß und befindet sich im Westen des Ortsteils Hommersum im Bereich des Grenzübergangs zu den Niederlanden, nördlich der BAB 57 und südlich des Mortelwegs. Es umfasst Teile des Flurstücks 106 , Flur 5 der Gemarkung Hommersum.

2.

Planungsziel

Ziel der Bauleitplanung ist die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Entwicklung einer Freiflächen-PV-Anlage. Ein wesentliches städtebauliches Ziel, das mit der Bauleitplanung verfolgt wird, ist ein Ausbau des Anteils der erneuerbaren Energien am Gesamtenergiebedarf und damit eine am Nachhaltigkeitsprinzip orientierte Investition.

bisherige Darstellung: Fläche für die Landwirtschaft

künftige Darstellung: Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung „Freiflächen-PV-Anlage“

3.

Verfahrensablauf

In der Sitzung am 10. März 2021 hatte sich der Rat der Stadt Goch mit dem Antrag des Investors befasst und diesem zugestimmt (DS 03/2021).

Ferner hatte der Bau- und Planungsausschuss in seiner Sitzung vom 11. Mai 2021 den Aufstellungsbeschluss und den Beschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gefasst, welche in der Zeit vom 24. Juni 2021 bis einschließlich 26. Juli 2021 durchgeführt wurde (DS 51/2021).

Die öffentliche Auslegung der 118. Flächennutzungsplanänderung sowie die des Planentwurfs beschloss der Bau- und Planungsausschuss am 23.11.2021 (DS 148/2021). Die Offenlage sowie die Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange erfolgten in der Zeit vom 16.12.2021 bis einschl. 21.01.2022.

Die landesplanerische Abstimmung der vorliegenden Planung erfolgte gem. § 34 des Landesplanungsgesetzes zweistufig mit Verfügungen vom 02.08.2021 und 31.01.2022. Unter Erteilung verschiedener Hinweise wurde mitgeteilt, dass gegen die vorgelegte Flächennutzungsplanänderung keine landesplanerischen Bedenken bestehen.

4.

Betrachtung der Umweltbelange

Gem. § 5 (5) BauGB ist dem Flächennutzungsplan eine Begründung mit den Angaben nach § 2a BauGB beizufügen. Der Begründung ist als gesonderter Teil ein Umweltbericht beige-fügt.

Bei der Aufstellung der 118. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Goch wurde eine Umweltprüfung durchgeführt, innerhalb derer die voraussichtlich erheblichen Umwelt-auswirkungen ermittelt wurden.

Zur Ermittlung und Bewertung der umweltrelevanten Belange wurden folgende Gutachten eingeholt bzw. erstellt:

- Geotechnisches Büro Müller und Partner: Baugrundgutachten für das geplante Bauvorhaben in 47574 Goch-Hommersum, gegenüber Mortelweg 53 – Neubau Freiflächenanlage Photovoltaik, Krefeld, 13.10.2021
- StadtUmBau GmbH: Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag ASP Stufe I zur Bauleitplanung im Bereich Solarpark Hommersum Stadt Goch, Kevelaer, 15.09.2021
- StadtUmBau GmbH: Landschaftspflegerischer Begleitplan zum Bebauungsplan Nr. 5 Hommersum, Kevelaer, 20.10.2021
- Zehndorfer Engineering: Analyse der Blendwirkung der Solaranlage Goch, Gutachten ZE21096-SAKlagenfurt, Österreich, Juli 2021

Schutzgebiete oder geschützte Objekte im Sinne des nationalen Naturschutzrechts existieren im Plangebiet nicht. Der Änderungsbereich liegt innerhalb des Landschaftsschutzgebietes 3.3.1 (LSG-4202-0007). Damit sich das Vorhaben in das Landschaftsschutzgebiet ein-gliedert, sind in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Kleve Maß-nahmen auf Ebene des Bebauungsplanes Nr. 5 Hommersum festgesetzt worden.

Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung oder Europäische Vogelschutzgebiete liegen im Plangebiet ebenso wenig vor wie ein Lebensraumtyp nach der Fauna-Flora-Habitatrichtlinie (FFH-Richtlinie).

Das Plangebiet befindet sich im Geltungsbereich des Landschaftsplans Kreis Kleve Nr. 9 „Goch“. Für die betroffene Fläche gilt das Entwicklungsziel 2 „Anreicherung“ sowie das Ent-wicklungsziel 6.1 „Ausstattung im Bereich von Straßenbaumaßnahmen“. Die Planung wider-spricht somit den Zielen der Landschaftsplanung.

Eine Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung ist erforderlich. Parallel zur 118. FNP-Änderung wird der Bebauungsplan Nr. 5 Hommersum aufgestellt. Im Zuge dessen wurde ein Landschaftspflegerischer Begleitplan erstellt, in dem die geforderte Eingriffs- Ausgleichsbilanzierung vorgenommen wird. Die geforderte Eingrünung erfolgt in Form einer 10,0 m breiten Maßnahmenfläche entlang der südlichen Plangebietsgrenze. Im Zuge des Bauleitplanverfahrens und der abschließenden Rechtskraft des parallel aufgestell-ten Bebauungsplanes tritt der Landschaftsplan Nr. 9 „Goch“ für den Bereich des Plangebie-tes zurück.

Hinsichtlich der Umweltbelange werden insbesondere die Auswirkungen auf den Menschen, auf Tier- und Pflanzenarten und Lebensräume, auf Boden und Fläche, Wasser, Klima und Luft, Landschaft sowie Kultur- und Sachgüter geprüft.

Bezogen auf das Schutzgut Mensch werden insbesondere Aussagen zu einer möglichen Betroffenheit durch eine Blendwirkung der Solarmodule, aber auch zu sonstigen möglichen Immissionen und zur Erholungsfunktion des Gebiets getroffen. Im Ergebnis hat die Nutzung

natürlicher Ressourcen am vorliegenden Standort keine erkennbar relevanten Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch und die menschliche Gesundheit.

Bezogen auf das Schutzgut Tiere und Pflanzen werden Aussagen zu Biotoptypen, zur potenziellen natürlichen Vegetation sowie Lebensraumpotenzial für Brutvögel, Fledermäuse, Amphibien und Reptilien sowie zur Erfüllung oder Nichterfüllung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände getroffen. Im Ergebnis sind erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen auf das Schutzgut Tiere und Pflanzen nicht zu erwarten.

Bezogen auf das Schutzgut Fläche werden Aussagen zum Umgang mit Grund und Boden sowie der Bodenversiegelung getroffen. Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen auf das Schutzgut Fläche sind nicht zu erwarten, da die Flächeninanspruchnahme und Bodenversiegelung sehr gering sind.

Bezogen auf das Schutzgut Boden werden Aussagen zur Altlastensituation, zu Bodentypen- und -funktionen, Flächeninanspruchnahme, Auswirkungen durch Bodenversiegelung, Maßnahmen zur Vermeidung und Verminderung erheblicher Beeinträchtigungen getroffen. Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen auf das Schutzgut Boden sind nicht zu erwarten, da die Flächeninanspruchnahme und Bodenversiegelung sehr gering sind.

Bezogen auf das Schutzgut Wasser werden Aussagen zu Grundwasser, Überschwemmungsbereichen und der Ableitung von Niederschlagswasser getroffen. Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen auf das Schutzgut Wasser sind im Rahmen der Bauleitplanung zum Zeitpunkt der Planung nicht zu erwarten.

Bezogen auf das Schutzgut Luft und Klima werden Aussagen zu Schadstoffbelastung bzw. Luftqualität, Lokalklima und Auswirkungen durch die beabsichtigte Nutzung getroffen. Auf das Schutzgut Luft und Klima sind im Rahmen der Bauleitplanung erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen nicht zu erwarten.

Bezogen auf das Schutzgut Landschaft werden Aussagen zu anthropogener Vorprägung, Erholungseignung und Auswirkungen durch visuelle Veränderungen getroffen. Auch hier sind erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen auf das Schutzgut Landschaft nicht zu erwarten.

Bezogen auf das Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter werden Aussagen zu Vorhandensein oder Nichtvorhandensein von Denkmälern, Bodendenkmälern und Kulturlandschaftsbereichen sowie dem Verhalten bei Funden getroffen. Im Rahmen der Bauleitplanung sind erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen auf das Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter nicht zu erwarten.

Aus der Eingriffs-Ausgleichsbilanz zum parallel aufgestellten Bebauungsplan Nr. 5 Hommersum lässt sich ablesen, dass der Eingriffsbereich vor der Maßnahme 51.180 Wertpunkte und gemäß den Festsetzungen im Bebauungsplan 79.381 Werteinheiten aufweist. Es verbleibt somit eine positive Gesamtbilanz von 28.201 Werteinheiten. Aus diesem Grund sind keine externen Ausgleichsmaßnahmen erforderlich.

5. Prüfung anderweitiger Planungsmöglichkeiten

Im Rahmen der Planung wurden alternative Standorte geprüft. Anderweitige Planungsmöglichkeiten, die geringere Umweltrisiken beinhalten, bestehen zurzeit nicht. Bedingt durch die mit der Planung verfolgten Ziele und den damit im Zusammenhang stehenden Flächenbedarf bestehen weder grundsätzliche Alternativen zur Planung noch alternative Standorte. Zudem liegt der Planung ein konkretes Investitionsvorhaben zugrunde. Die Fläche befindet sich im Eigentum des Investors.

Grundsätzlich ist nicht zu erkennen, dass durch alternative Planungen die Auswirkungen für die natürlichen Schutzgutfunktionen weiter optimiert werden könnten.

Bei Nichtdurchführung der Änderung könnte der Bedarf eines Ausbaus des Anteils der erneuerbaren Energien am Gesamtenergiebedarf und damit die am Nachhaltigkeitsprinzip orientierte Investition nicht umgesetzt werden. Das Änderungsgebiet würde weiterhin landwirtschaftlich genutzt werden.

6. Ergebnis der Abwägung

1. frühzeitige Beteiligung gem. §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB:

Während der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit (24.06.2021 - 26.07.2021) und der gleichzeitigen frühzeitigen Unterrichtung der Behörden und sonstigen TÖB wurde von Bürgern keine, jedoch von sechs Behörden bzw. sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB) abwägungsrelevante Stellungnahmen zur FNP – Änderung abgegeben.

Die eingegangenen Anregungen wurden ausgewertet und bei der weiteren Planung entsprechend berücksichtigt.

Die **Bezirksregierung Düsseldorf** bat um Beteiligung weiterer Denkmalschutzbehörden. Im Rahmen des Bauleitplanverfahrens wurden das LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland/Bonn sowie die zuständige kommunale Untere Denkmalbehörde beteiligt.

Die **Autobahn GmbH des Bundes: Niederlassung Rheinland** wies auf die Anbauverbots- und Anbaubeschränkungszone entlang der Autobahn hin. Den Hinweisen zur nachrichtlichen Übernahme der Anbaubeschränkungs- bzw. Anbauverbotszonen wurde gefolgt. Zudem wurde der Stellungnahme, dass auf Ebene des Bebauungsplanes Nr. 5 Hommersum die überbaubare Grundstücksfläche außerhalb der Anbauverbotszone liegt, gefolgt. Darüber hinaus macht die Autobahn GmbH des Bundes: Niederlassung Rheinland darauf aufmerksam, dass zur Wahrung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs ein Blendgutachten zu erstellen ist. Dieser Forderung wurde gefolgt.

Der **Landesbetrieb Straßenbau NRW: Regionalniederlassung Niederrhein / Außenstelle Wesel** wies darauf hin, dass gegenüber dem Landesbetrieb Straßenbau.NRW keine Ansprüche auf aktiven und/oder passiven Lärmschutz oder ggfs. erforderlich werdende Maßnahmen bzgl. der Schadstoffausbreitung geltend gemacht werden. Der Hinweis wurde zur Kenntnis genommen.

Die Forderung der **Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Kleve bzgl. des Naturschutzes** zur Erstellung eines Umweltberichtes, der die Auswirkungen der Planung hinsichtlich ihrer voraussichtlichen Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sowie der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts darlegt, wurde gefolgt. Darüber hinaus wurde auf Ebene des Bebauungsplans Nr. 5 Hommersum eine Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung durchgeführt sowie eine angemessene Eingrünung festgesetzt. Zudem werden Maßnahmen zur Eingriffsvermeidung, zur Eingriffsminimierung und zum Ausgleich bzw. Ersatz der unvermeidbaren Eingriffe in Natur und Landschaft festgesetzt.

Die **Unter Naturschutzbehörde des Kreises Kleve als Träger der Landschaftsplanung** widersprach (vorsorglich) der Planung, da der Satzungsgeber mit der Empfehlung zur Anpassung des Landschaftsplans, nicht einverstanden sein könnte. Dies wurde zur Kenntnis genommen. Darüber hinaus wurde der Hinweis, dass Ergänzungen, Anregungen oder Auflagen, die der Naturschutzbeirat zur Planung äußern könnte, zu beachten sind, zur Kenntnis genommen.

Der Stellungnahme der **Unteren Naturschutzbehörde bzgl. des Artenschutzes**, dass aufgrund der fehlenden Artenschutzprüfung noch keine Stellungnahme zu den Artenschutzbe-

langen abgegeben werden konnte, wurde Kenntnis genommen. Im Nachgang der frühzeitigen Beteiligung wurde ein Artenschutzgutachten in Auftrag gegeben. Der Anregung der **Unteren Immissionsschutzbehörde**, dass Blendwirkungen durch das Vorhaben nicht ausgeschlossen werden können, wurde zur Kenntnis genommen. Im Zuge des weiteren Verfahrens wurde ein Blendgutachten erstellt, um die Verträglichkeit der Anlage zu prüfen.

Der Stellungnahme des **LVR: Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland** wurde gefolgt. Die notwendigen Unterlagen wurden der Außenstelle Xanten des LVR-Amtes für Bodendenkmalpflege im Rheinland zur Verfügung gestellt. Zudem wurden alle notwendigen Schritte eingeleitet, damit eine Sichtung des Geländes erfolgen konnte.

Die Hinweise der **Westnetz GmbH: Regionalzentrum Niederrhein-Netzplanung**, dass sich innerhalb des Plangebietes keine Versorgungsleitungen und Anlagen befinden und ggfls. ein Netzausbau erfolgen muss, wurden zur Kenntnis genommen

2. Beteiligung gem. §§ 3 (2) und 4 (2) BauGB:

Während der öffentlichen Auslegung (16.12.2021 – 21.01.2022) und der parallel dazu durchgeführten Beteiligung der Behörden und sonstigen TÖB wurden von keinem Bürger eine Stellungnahme abgegeben, jedoch von verschiedenen Behörden und sonstigen TÖBs.

Die **Bezirksregierung Düsseldorf** bat erneut um Beteiligung weiterer Denkmalschutzbehörden. Dies ist, wie zuvor dargelegt, im Laufe des Verfahrens geschehen.

Die **Autobahn GmbH des Bundes: Niederlassung Rheinland** bat um eine weitere Beteiligung im Genehmigungsverfahren. Dieser Bitte wird gefolgt.

Der **Landesbetrieb Straßenbau NRW: Regionalniederlassung Niederrhein / Außenstelle Wesel** wies erneute darauf hin, dass gegenüber dem Landesbetrieb Straßenbau.NRW keine Ansprüche auf aktiven und/oder passiven Lärmschutz oder ggfls. erforderlich werdende Maßnahmen bzgl. der Schadstoffausbreitung geltend gemacht werden. Der Hinweis wurde zur Kenntnis genommen.

Der Hinweis der **Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Kleve bzgl. des Naturschutzes**, dass das Plangebiet innerhalb eines Landschaftsschutzgebietes liegt, wird zur Kenntnis genommen. Der Stellungnahme, dass der Erhalt der Fläche im Landschaftsschutzgebiet anzustreben und durch entsprechende ökologische Maßnahmen wie einer naturnahen Eingrünungsmaßnahme und einer extensiven Grünlandnutzung zu ermöglichen ist, wird durch Festsetzungen auf Ebene des Bebauungsplanes Nr. 5 Hommersum gefolgt. Die **Unter Naturschutzbehörde des Kreises Kleve als Träger der Landschaftsplanung** widersprach (vorsorglich) der Planung, da der Satzungsgeber mit der Empfehlung zur Anpassung des Landschaftsplans, nicht einverstanden sein könnte. Dies wurde zur Kenntnis genommen. Darüber hinaus wurde der Hinweis, dass Ergänzungen, Anregungen oder Auflagen, die der Naturschutzbeirat zur Planung äußern könnte, zu beachten sind, zur Kenntnis genommen.

Die Empfehlung der **Stadt Goch: Ordnungsangelegenheiten I.32** zur Überprüfung der zu überbauenden Flächen auf Kampfmittel wurde zur Kenntnis genommen und an den Vorhabenträger weitergeleitet.

Der Hinweis der **Stadtwerke Goch GmbH**, dass sich innerhalb des Plangebietes keine Versorgungsleitungen der Stadtwerke Goch GmbH befinden, wurde zur Kenntnis genommen. Die Anregungen und Hinweise wurden somit größtenteils beachtet.

7. Abschluss

Der Rat der Stadt Goch hat am 02.06.2022 die 118. Flächennutzungsplanänderung abschließend beschlossen und die Begründung gebilligt.

Die nach § 6 BauGB erforderliche Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde zur 118. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Goch wurde bei der Bezirksregierung Düsseldorf am 16.08.2022 beantragt.

Mit der Genehmigung der Bezirksregierung Düsseldorf Az.: 35.02.01.01-25Goc-118-1876 vom 13.10.2022 und deren öffentlicher Bekanntmachung am 12.11.2022 in den Niederrhein Nachrichten sowie nachrichtlich auf der Homepage der Stadt Goch erlangte die 118. FNP-Änderung ihre Wirksamkeit.

Mit der Bekanntmachung gem. § 6 Abs. 5 Satz 1 und 2 des Baugesetzbuches ist die 118. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Goch am 12.11.2022 wirksam geworden.

Goch, den 05.12.2022
Der Bürgermeister
Im Auftrag

gez. Lether